Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2443

27. 09. 95

Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Atomwaffentests durch China und Frankreich

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Atomwaffentests gefährden die Ziele des Nichtweiterverbreitungs-Vertrages, der erst in diesem Jahr unbeschränkt verlängert worden ist. Sie sind nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen, sondern auch wegen der möglichen lebensbedrohenden ökologischen Folgen nicht hinnehmbar.

2. Der Deutsche Bundestag verurteilt den chinesischen Atombombentest und fordert die chinesische Regierung auf, auf jeden weiteren Test verbindlich zu verzichten.

3. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Wiederaufnahme der französischen Atomwaffentests im Pazifik. Er appelliert an die französische Regierung, die geplante Testreihe nicht fortzusetzen.

4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bereitschaft der französischen Regierung, im nächsten Jahr ein vollständiges Atomwaffenteststopp-Abkommen abschließen zu wollen. Insbesondere begrüßt der Deutsche Bundestag die Erklärung Frankreichs, zukünftige Laborversuche nicht mehr zum Zwecke der Modernisierung von Nuklearwaffen durchzuführen und diesbezügliche Tests vertraglich zu verbieten.

5. Die Bundesrepublik Deutschland hat völkerrechtlich verbindlich auf Entwicklung, Produktion, Erwerb und Verfügung von Atomwaffen verzichtet. Der Deutsche Bundestag bekräftigt ausdrücklich diese Verpflichtung. Deutschland lehnt eine Teilhabe an Atomwaffen auch auf indirektem Wege ab.

6. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß der atomare Schutzschirm der USA für Deutschland und die NATO-Staaten glaubwürdig ist und ausreicht.

7. Der Deutsche Bundestag tritt für die Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein und stellt fest, daß unverzichtbare Basis dafür die deutsch-französische Freundschaft und die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist. Beides muß fortgesetzt und ausgebaut werden. In diesem Geist tritt der Deutsche Bundestag für eine gemeinsame europäische Politik ein, die die Bemühungen des weltweiten Verbotes von Atomversuchen,

der weiteren atomaren Abrüstung und der endgültigen Ächtung von Atomwaffen vorantreiben. Die Abrüstung von Atomwaffen muß ein prioritäres Ziel europäischer Politik werden.

Bonn, den 27 September 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333